



Und raus bist du

Migration Mazedonien soll zur „zweiten Verteidigungslinie“ gegen die Flüchtlinge werden – und Griechenland zum Auffangbecken der Verzweifelten. Es ist der erste Schritt hin zu einer Abschottungspolitik, deren Hauptlast Südosteuropa tragen soll.

Am Dienstag um fünf Uhr morgens schließt Mazedonien wieder mal seine Grenze, und wenige Stunden später herrscht Chaos. 80 Busse mit 4000 Flüchtlingen hat die griechische Polizei 20 Kilometer vor der Grenze gestoppt, sie warten jetzt auf dem Parkplatz einer Tankstelle. Busfahrer streiten, Flüchtlinge rem-

peln sich auf dem überfüllten Platz an, überforderte Polizisten brüllen Befehle. „Mazedonien, Mazedonien“, rufen die Wartenden. Und: „Öffnet die Grenze!“

Aber die Grenze bleibt für die meisten an diesem Tag geschlossen. Und wenn es nach Brüssel und nach den Deutschen geht, dann soll sie das auch bleiben. Zu-

mindest für alle, die nicht aus Syrien kommen, aus dem Irak oder aus Afghanistan. Seit Mitte November hat Mazedonien seine Kontrollen verschärft, wer nicht aus diesen drei Ländern kommt, wird abgewiesen. Idomeni, das ist jetzt der Ort, an dem für viele der Traum von Europa endet.

Migranten am Grenzposten Idomeni

Der Ort, an dem der Traum von Europa endet



In Idomeni lässt sich studieren, was passiert, wenn Europa seine Grenzen schließt, wenn Griechenland zum Auffangbecken für all die Verzweifelten wird. Das Szenario, das hier vorsichtig getestet wird, heißt: Abriegelung der Balkanroute. Wäre die Grenze vollständig geschlossen, dürften sich bald schon Hunderttausende Flüchtlinge in Griechenland stauen.

Und das in einem Land, das sich in einer tiefen Rezession befindet und in dem jeder vierte Bürger arbeitslos ist. In dem just in diesen Tagen wütende Bauern, Lehrer, Ärzte, Anwälte, Taxifahrer und Fährarbeiter, ja eigentlich alle, gegen das Sparprogramm der Regierung streiken. Ein Land, das schon wieder droht in die nächste politische Großkrise zu rutschen, wenn Premier Alexis Tsipras keinen Kompromiss mit den internationalen Geldgebern erzielen kann, die auf harte Reformen drängen. Oder wenn Griechenland die Last der Flüchtlingskrise aufgebürdet bekommt.

Es reicht schon jetzt, dass Mazedonien seine Grenze für wenige Stunden dichtmacht, schon werden hier Tausende angespült: Kinder, Alte, Schwangere, Kranke. Zwar gibt es direkt am Grenzzaun ein Auffanglager, mit Zelten, Decken, Toiletten. Doch es fasst gerade mal 1200 Menschen. Ist das Lager voll, übernachten die meisten Menschen im Freien, oft tagelang.

Gleichzeitig kommen noch immer jeden Tag Tausende auf den Inseln an, allein im Januar über 67000 Menschen. Und laut Unicef ist mehr als ein Drittel minderjährig; fast zwei Drittel derer, die die Grenze nach Mazedonien passieren, sind Frauen und Kinder. Sie kommen, weil sie fürchten, dass die Route nach Norden bald dicht ist; und so riskieren sie die Überfahrt auch jetzt, im Winter. Mindestens 368 Menschen sind in diesem Jahr bereits ertrunken, darunter viele Kinder. Die drohende Grenzschließung: Sie bedeutet erst mal mehr Anziehung als Abschreckung. Sie produziert Schreckensbilder, die angeblich keiner will – und die doch in Kauf genommen werden.

Auch Mukhtar aus Herat, Afghanistan, will an der Grenze warten, bis sie wieder geöffnet wird, egal, wie lange das dauert. Er ist 18 Jahre alt, allein unterwegs, geflohen vor Armut und Aussichtslosigkeit in seiner Heimat. Kurz vor Chios wäre er fast ertrunken, die griechische Küstenwache habe ihn gerettet, erzählt er. Wie fast alle hier will er nach Deutschland, „das einzige Land, in dem Flüchtlingen geholfen wird“. Asyl in Griechenland? Mukhtar lacht. „Griechenland ist wie Afghanistan, es gibt hier nichts für uns Flüchtlinge.“

Mukhtar wird die Grenze bald passieren, er hat den richtigen Pass. Aber die große Frage lautet: Was passiert mit denen, die nicht weiterreisen dürfen? Und was bedeutet es für Griechenland, wenn Europa hier eine „zweite Verteidigungslinie“ zieht?

Viele werden es über die grüne Grenze versuchen, mit gefälschten Dokumenten oder über neue Routen via Albanien und Kroatien oder per Boot nach Italien. Aber alle anderen: sitzen in Griechenland fest. Dabei verzichtet Deutschland seit 2011 darauf, Flüchtlinge gemäß dem Dublin-Abkommen nach Griechenland zurückzuschicken – wegen menschenrechtlicher Bedenken. Das Innenministerium hat den Abschiebestopp gerade erst bis Juni verlängert. Nach einem Bericht des „Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum Illegale Migration“ leben viele Flüchtlinge auf der Straße, auch Kinder. Neonazis machen immer wieder Jagd auf Menschen. Die Bedingungen für Schutzsuchende werden von deutschen Behörden als „nicht menschenwürdig“ beschrieben. Und trotzdem soll das Land künftig als großes Flüchtlingslager dienen.

Ein Rückstau in Griechenland, heißt es in einem vertraulichen Schreiben aus dem Auswärtigen Amt, würde „unweigerlich innerhalb weniger Tage zu nicht kontrollierbaren humanitären Zuständen und Sicherheitsproblemen führen“. Der Migrationsforscher Franck Düvell von der Universität Oxford warnt vor „geradezu apokalypti-



Denn mittlerweile ist klar, dass die Türkei die Flüchtlinge nicht aufhalten kann und will. Daher setzt die EU nun auf Mazedonien; auch Kommissionschef Jean-Claude Juncker hat sich hinter den Plan gestellt. Denn über Mazedonien reiste im vorigen Jahr der Großteil der über 850 000 Flüchtlinge auf der Balkanroute. Damit soll es jetzt vorbei sein. „Mazedonien ist unsere zweite Verteidigungslinie“, sagt ein hochrangiger EU-Beamter. Mehrere EU-Staaten haben Skopje bereits 82 Beamte zugesagt, um die Grenze besser zu schützen; auch finanzielle Unterstützung soll es geben.

Reduziert Mazedonien die Aufnahme, dann sinkt der Druck auf Deutschland und Österreich, dann bleiben mehr Menschen in Griechenland – und damit wächst, so das Kalkül in Brüssel, auch der Druck auf Athen, seine Außengrenzen zu schützen.

schen Szenen“: Griechenland würde innerhalb weniger Wochen kollabieren.

All das weiß man wohl in Brüssel. Deswegen versucht man jetzt diesen Balanceakt aus teilweisen Grenzschließungen auf der Balkanroute, besseren Kontrollen in Griechenland – und öffentlichen Schuldzuweisungen in Richtung Athen.

In einem vertraulichen, aber möglicherweise nicht ganz unabsichtlich an die Öffentlichkeit gelangten Bericht beschreibt die EU-Kommission, was ihre Inspektoren auf den Inseln Chios und Samos sowie an der Landgrenze zur Türkei im November festgestellt haben. Ihr Fazit: „Griechenland vernachlässigt seine Pflicht, an den Außengrenzen Kontrollen durchzuführen, in gravierender Weise.“

Die Mängelliste ist lang: Die Registrierung der Flüchtlinge klappt nicht, mal fehl-



KONSTANTINOS TSAKALIDIS / DER SPIEGEL

Flüchtling Mukhtar im Bus nahe der griechisch-mazedonischen Grenze: Es ist wie Afghanistan

ten Geräte für Fingerabdrücke, mal streike das Internet; die Zahl der Beamten reiche nicht; es gebe zu wenig Boote, um die Küste zu schützen; Pässe würden nicht mit Datenbanken, etwa von Interpol, abgeglichen.

„Der Hauptschuldige ist nicht Griechenland“, wehrt sich Migrationsminister Giannis Mouzalas. Er gibt zu, dass die Registrierung in den „Hotspots“ genannten Erstaufnahmezentren schleppend läuft und man dem Zeitplan hinterherhinkt. Doch der EU-Bericht sei übertrieben, außerdem sei er inzwischen überholt. Zudem habe die EU lediglich 800 der angeforderten 1800 Frontex-Beamten geschickt; finanzielle Hilfen für den Kauf von Fingerabdrucklesern habe es erst vorige Woche gegeben. Die Verzögerungen seien „eine bequeme Ausrede“ für die EU.

Mouzalas ist wütend, dass Griechenland an den Pranger gestellt wird, während der wichtigste Mechanismus nicht umgesetzt werde: die Verteilungsquote. Im Herbst hatten sich Europas Regierungschefs darauf geeinigt, 66 400 Flüchtlinge aus Griechenland umzuverteilen. Bislang stellten lediglich neun Länder insgesamt 305 Plätze zur Verfügung. Nur 157 Menschen wurden umgesiedelt, gerade einmal 10 davon nach Deutschland. „Es wäre sinnvoller, etwas gegen all jene Staaten zu unternehmen, die diesen Verteilungsplan sabotieren, statt uns zu bestrafen“, sagt Mouzalas.

Auch Migrationsforscher Düvell hält die Vorwürfe der EU für „zutiefst unfair, zynisch und beschämend“. Er hat selbst im Herbst in Griechenland und der Türkei recherchiert – und ist dabei zu dem Schluss gekommen, Athen könne die Migration nach Europa unmöglich allein stoppen, ja noch nicht einmal verlangsamen. „Die EU-Staaten sind gefordert. Sie müssen einen Weg finden, Asylbewerber gerecht über Europa zu verteilen“, sagt Düvell. Die Brüsseler Kritik sei ein „billiger Trick“, um von dem „Versagen der EU-Staaten in der Flüchtlingskrise abzulenken“.

Auch ein vertraulicher Bericht aus der Bundstagsverwaltung vom 29. Januar legt nahe, dass das EU-Umverteilungsprogramm an der fehlenden Aufnahmebereitschaft der Mitgliedstaaten zu scheitern droht.

Die Kritik an den Griechen wirkt auch deshalb wohlfeil, weil internationales Recht es verbietet, Flüchtlinge einfach so zurück in die Türkei zu schicken. In der Vergangenheit wurden die Griechen dafür gerügt, dass sie Flüchtlingsboote abdrängten. Die Regierung von Alexis Tsipras hat diese „Push-backs“ weitgehend unterbunden. Nun wird sie genau dafür kritisiert. Der Bundesregierung ist dieses Dilemma bewusst: Die Türkei sei der „zentrale Akteur zur Reduzierung“ der Flüchtlingszahlen, heißt es in einem internen Bericht des „Hotspot“-Beauftragten der Bundesregierung vom Dezember. „Die Griechen können die Flüchtlinge nur retten, aber die Schlepper nicht stoppen.“

Aus diesem Grund hat die niederländische Regierung den Plan ins Spiel gebracht, Flüchtlinge mit Fähren von den Inseln direkt in die Türkei zurückzuschicken. Im Gegenzug sollten sich die EU-Staaten bereit erklären, jährlich ein Kontingent von 250 000 Flüchtlingen aus der Türkei aufzunehmen. Doch das ist unrealistisch, solange die europaweite Verteilung nicht funktioniert.

Außerdem ist der Vorschlag aus zwei Gründen rechtlich problematisch: Zum einen schreibt die europäische Grundrechtscharta eine individuelle Prüfung von Asylanträgen vor. Zum anderen ist die Türkei kein „sicherer Drittstaat“, in den Flüchtlinge abgeschoben werden dürfen. Und selbst wenn das Land alle Kriterien eines sicheren Drittstaates erfüllen würde, wäre ein solcher Deal unwahrscheinlich, glaubt Forscher Düvell: „Warum sollte Erdoğan für Europa den Türsteher geben?“ Das Papier der EU-Kommission soll daher vor allem die Begründung für die anstehende Verlängerung der temporären Grenzkontrollen liefern, wie sie Deutschland und Österreich

eingeführt haben. Schließlich schreibt der Schengener Grenzkodex als Bedingung vor: Mängel bei der Überwachung der Außengrenzen. Bereits kommende Woche könnte der Bericht beschlossen werden. Das Ziel ist es, so Schengen zu retten, denn ein Ende des freien Waren- und Personenverkehrs würde vor allem Deutschland und den Ländern des Nordens schaden.

Migrationsminister Mouzalas hält daher auch die Brüsseler Drohkulisse eines Schengen-Ausschlusses seines Landes für Angstmacherei, es sei rechtlich gesehen Unsinn, und überhaupt: „Was immer mit Schengen passiert, hat keinen Einfluss auf den Flüchtlingsstrom.“

Viel mehr fürchtet er, dass die Länder auf der Balkanroute bis hoch in den Norden die Schlagbäume runterlassen. Daher setzt er ausgerechnet auf die Frau, die in seiner Heimat am meisten verhasst ist: die Bundeskanzlerin. „Angela Merkel ist unter Druck. Deshalb befürchte ich, dass die deutsche Grenze ab einem gewissen Punkt geschlossen werden könnte.“ Und dann sagt er diesen für einen Griechen ungewöhnlichen Satz: „Deutschland ist im Moment die Stimme der Vernunft in Europa.“

Um den Europäern keinen Grund für Grenzsicherungen zu bieten, hat Tsipras gerade verfügt, dass bis Mitte Februar endlich alle fünf „Hotspots“ und zwei neue Aufnahmelager in Betrieb sein sollen. Damit es schnell geht, hat er die Armee mit der Umsetzung beauftragt. Eines der Aufnahmelager soll westlich von Thessaloniki entstehen, auf der Militärbasis 1090. Eine Geisterstadt, mit Baracken ohne Dächer, übersät von Müll und Unkraut, die einzigen Lebewesen weit und breit sind ein paar knurrende, zähnefletschende Wachhunde. In nur zwei Wochen sollen hier 4000 Flüchtlinge unterkommen.

Die Gemeinde Delta, in der die Militärbasis liegt, ist arm, es gibt hier Drogendealer und Kriminelle. „Die Regierung hat uns vorher nicht mal gefragt“, klagt Deltas Bürgermeister Mimis Fotopoulos. „Die Leute hier machen sich weniger Sorgen wegen der Flüchtlinge an sich“, sagt er. „Sie machen sich Sorgen, weil sie der Regierung nicht zutrauen, für Recht und Ordnung zu sorgen. Und sie vertrauen auch Europa nicht, das anscheinend seine Probleme Griechenland aufladen will.“

Nur in einem Punkt sind die Einwohner von Delta optimistisch: Sie halten es für äußerst unrealistisch, dass die Militärbasis in zwei Wochen bezugsbereit ist.

Giorgos Christides, Juliane von Mittelstaedt, Peter Müller, Maximilian Popp



**Videoreportage:
An der Grenze**

spiegel.de/sp062016griechenland
oder in der App DER SPIEGEL